

den Mitglieder der Bischofskonferenz zu einem intensiven Meinungsaustausch mit Frau Aquino zusammen, bei dem sie nicht nur dieses Problem erneut erörterten, sondern auch ihre Besorgnis über die wieder wachsende Korruption und Vetternwirtschaft äußerten. Hierdurch sei die Effizienz der Reformen ernstlich bedroht, was letztlich zu einem gefährlichen Vertrauensschwund in die Regierung führen könne. In diesem Zusammenhang sehen die Bischöfe auch die Risiken, die eine allzu bedenkenlose Industrialisierung und Agrarpolitik für die Umwelt birgt. In einem eigenen Hirtenbrief zu Fragen der Ökologie warnten sie im Januar eindringlich vor den Folgen der Umweltzerstörung und forderten die Gläubigen zu intensiver Mitarbeit mit gutwilligen staatlichen Stellen auf.

Für 1989 eine Synode geplant

Keine einheitliche Meinung herrscht allerdings in der Kirche hinsichtlich der Eindämmung der kommunistischen Bedrohung, und so vermeidet die Kirche auch offizielle Stellungnahmen zu den Aktivitäten der „Vigilantes“. Die überwiegende Mehrheit des Klerus dürfte jedoch Erzbischof *Ricardo Mabutas* von Davao zustimmen, der diese Gruppen als „legitimes Mittel im Kampf gegen den Kommunismus“ betrachtet (vgl. *Echange France-Asie*, Dossier 9/1987, S.23). Desgleichen rief Kardinal Sin mehrfach (zuletzt Ende Februar 1988) die Gläubigen zur Unterstützung jener Gruppen auf, die den Kommunismus *gewaltlos* bekämpften, betonte aber zugleich, das Militär sei ansonsten am ehesten in der Lage, den Aufständischen Einhalt zu gebieten (vgl. *Far Eastern Economic Review* 4. 3. 1988). Eine Minderheit von Kirchenführern insbesondere aus dem Süden des Landes sieht jedoch auch die Möglichkeit, daß derartige Gruppen sich allzu leicht der staatlichen Kontrolle entziehen könnten.

Eine härtere Haltung nimmt die Kirche im übrigen ge-

genüber jenen Angehörigen kirchlicher Institutionen ein, die sozialistischer oder gar marxistischer Tendenzen verdächtig sind. Zwar haben sich seit 1972 „nur“ etwa 50 (von rund 4500) Priester Bewegungen von Aufständischen angeschlossen (*UCA News* 10. 2. 88), doch betrachtet man begrifflicherweise auch diese Zahl als besorgniserregend. Den neuen Kurs bekam vor allem das „Nationale Sekretariat für Soziale Aktivitäten“ (NASSA) zu spüren, das die Bischofskonferenz Mitte der 70er Jahre zur Koordinierung von Projekten der Entwicklungshilfe eingerichtet hatte. Ihm warf man vor, Gelder und Waffen – die teilweise angeblich sogar aus der Bundesrepublik und den Niederlanden beschafft worden sein sollen – an kommunistische Gruppen weitergeleitet zu haben. NASSA-Vertreter bestritten dies entschieden, und tatsächlich ergab eine Untersuchung der Bischofskonferenz Mitte 1987 keinerlei Anhaltspunkte, die auch nur im geringsten die Verdachtsmomente bestätigt hätten. Dennoch beschloß die Bischofskonferenz Ende Januar 1988, das Sekretariat „vorsorglich“ umzustrukturieren. In Zukunft soll es sich nach den Worten seines neuen Leiters (und ehemaligen Sekretärs der Bischofskonferenz), Bischof *Francisco Claver*, wieder mehr der Betreuung lokaler Wirtschaftsprojekte widmen und z.B. weniger Programmen der politischen Bildung (*UCA News* 10. 2. 88). Im Gegenzug unternimmt die Kirche allerdings Anstrengungen, das sozialpolitische Engagement der Gläubigen auf anderen Wegen zu stärken. Hierbei setzt man auf eine intensivere Pastoralarbeit, in die man auch die Laien besser einbinden will. Desgleichen möchte man die Einrichtung von Basis-Gemeinden insbesondere im Norden der Philippinen sowie in städtischen Regionen fördern, da die Bewegung hier bisher nur wenig Fuß gefaßt hat. Einen wichtigen Meilenstein stellt dabei auch die für 1989 geplante Synode dar, die erste seit 1953. Man hofft, hiermit zu jener Umgestaltung der Gesellschaft im echten Geist des Evangeliums beizutragen, deren die Philippinen so dringend bedürfen.

Peter Drews

Kurzinformationen

Johannes Paul II. äußerte sich in zwei Schreiben zur 1000-Jahr-Feier der Taufe der Kiewer Rus.

Seinem am 22. März veröffentlichten Apostolischen Schreiben „*Euntes in mundum*“, das die Bedeutung der Christianisierung der Kiewer Rus für die Herausbildung eines slawisch geprägten Christentums hervorhebt und sich vor allem an die russisch-orthodoxe Kirche wendet, ließ der Papst einen Monat später das Schreiben „*Magnum baptismi donum*“ folgen, in dem er sich an die ukrainisch-katholische Kirche wendet. Die Veröffentlichung zweier Schreiben zur 1000-Jahr-Feier des Christentums in Rußland muß als Versuch gewertet werden,

einerseits die Beziehungen zur russisch-orthodoxen Kirche nicht über Gebühr zu belasten, andererseits aber auch die Solidarität mit der in der Sowjetunion seit 1946 verbotenen ukrainisch-katholischen Kirche zu bekunden. Schon das Schreiben „*Euntes in mundum*“, das einen historischen Rückblick auf die Anfänge des Christentums im ostslawischen Bereich unternimmt, spricht bewußt von den „orthodoxen und katholischen Erben der Taufe von Kiew“ und ruft zur Versöhnung beider Kirchen auf. Der Papst hebt aber auch hervor, es handle sich in besonderer Weise um das Fest der russisch-orthodoxen Kirche, die einen „Großteil des Erbes der alten christlichen Rus“ übernommen habe. In dem zweiten Doku-

ment betont Johannes Paul II., die ukrainisch-katholische Kirche habe ihre Treue zu Rom mit Martyrium, Verfolgung und Not bezahlt und verdiene die Solidarität der Weltkirche. Er bekräftigt das Recht der katholischen Ukrainer auf eigene Traditionen und eigenen Ritus und fordert volle Religions- und Gewissensfreiheit für die ukrainisch-katholische Kirche. Die Zugehörigkeit zur katholischen Kirche dürfe von niemandem als „unvereinbar mit dem Wohl der eigenen Heimat und dem Erbe des heiligen Wladimir“ angesehen werden.

In Königstein tagte vom 13. bis 16. April das ökumenische Forum zu „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“.

Die 120 Delegierten aus den Mitgliedskirchen der „Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen“ in der Bundesrepublik und West-Berlin beschäftigten sich in sechs Arbeitsgruppen mit verschiedenen Teilaspekten des Gesamthemas und erarbeiteten vorläufige Ergebnisse zu den Fragen der Friedensförderung, der Friedenssicherung, der Gerechtigkeit auf nationaler und internationaler Ebene und der Stellung des Menschen in der Schöpfung. So war unumstritten, daß „Krieg in unserer Zeit kein Mittel zwischenstaatlicher Konfliktlösung mehr ist“. Die Ächtung des Krieges müsse politisch wirksam werden; die Institution des Krieges sei zu überwinden. Im Zusammenhang des Themas Gerechtigkeit wurde gefordert, zur Überwindung der Arbeitslosigkeit die Arbeit zu teilen; bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze sollten diese auf ihre ökologische und soziale Verträglichkeit geprüft werden. Einhellig wurde auf dem Forum die Apartheid als „nicht reformierbar“ verurteilt und wurden Sanktionen gegen Südafrika gefordert. Die Delegierten, die sich mit der Bewahrung der Schöpfung befaßten, lehnten die Kernenergie wegen ihrer „sozialen, technischen, ökologischen und militärischen Risiken“ ab. Die Verantwortung für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen solle in der Verfassung festgeschrieben werden. Endgültige Ergebnisse sind erst von der zweiten Phase des Forums zu erwarten, die im Oktober in Stuttgart stattfindet. Bis dahin wird die Vorbereitungsgruppe auf der Grundlage der Königsteiner Tagung weiterarbeiten; bei der Tagung in Stuttgart sollen auch Stellungnahmen von Gemeinden, Gruppen und Gremien aus den beteiligten Kirchen berücksichtigt werden.

Synodaltagung der Berlin-brandenburgischen Kirche auf dem Hintergrund der jüngsten Staat-Kirche-Spannungen.

Auf ihrer diesjährigen Tagung vom 8. bis 12. April befaßte sich die Synode der Ostregion der Evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg intensiv mit der Lage nach den kirchlichen Vermittlungsbemühungen und Solidaritätsbekundungen nach den Festnahmen Ausreisewilliger und Mitgliedern kritischer Gruppen Mitte Januar (vgl. HK, März 1988, 108 ff.). Bischof *Gottfried Forck* verteidigte vor der Synode die Haltung der Kirchenlei-

tung: Es sei immer Sache der Kirche gewesen, für Recht und Gerechtigkeit einzutreten. Die Kirche ermuntere zwar immer wieder zum Bleiben in der DDR, sei aber auch zur Seelsorge an den „Antragstellern“ (also an Ausreisewilligen) bereit. Durch staatliches Verhalten seien viele von ihnen so verwundet, daß sie nicht mehr in der DDR leben wollten. In der Aussprache über den Bericht des Bischofs kritisierte der Berliner Generalsuperintendent *Günter Krusche*, daß die Kirche in den Turbulenzen der letzten Monate nicht immer ein klares Profil gezeigt habe, und nannte als Beispiele die Mahnwachen, die Fürbittandachten und andere Veranstaltungen „im Namen oder doch unter dem Dach der Kirche“. Das undifferenzierte Eintreten für jeden und alles habe die Kirche in Zugzwang gebracht und manchmal sogar erpreßbar gemacht. Verschiedene Synodalen dankten demgegenüber Bischof Forck und der Kirchenleitung ausdrücklich dafür, wie sie für die in Not geratenen Menschen eingetreten seien. Die Kirche habe sich in dieser Auseinandersetzung als „Kirche für andere“ dargestellt. In einer *Entschließung der Synode* hieß es, es sei bei den Ereignissen der letzten Monate auf kirchlicher wie auf staatlicher Seite auch zu Reaktionen gekommen, die sich als der Situation nicht angemessen erwiesen hätten. Gruppen, die die Fragen nach Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung verstärkt zur Sprache brächten, würden als Chance und Herausforderung für die Kirche dankbar akzeptiert. Die Synode rief die Menschen zum Bleiben in der DDR auf. Es sei mittelfristig aus ökonomischen, sozialen und politischen Gründen nicht möglich, allen Ausbürgerungswünschen zu entsprechen. Die staatsrechtlichen und wirtschaftlichen Erleichterungen für DDR-Bürger bei Übersiedlung in die Bundesrepublik wirkten als „Abwerbungsmechanismus“.

Vollversammlung der Österreichischen Bischofskonferenz vor dem vom 23. bis 27. Juni stattfindenden Papstbesuch.

Die vom 21. bis 24. März in Wien zusammengekommenen Bischöfe hoben bei aller Eigenständigkeit der österreichischen Diözesen bei der Vorbereitung auf den Papstbesuch auch die Bedeutung dieses Ereignisses für die österreichische Kirche und die Weltkirche hervor. Schon jetzt liegen mehr als hunderttausend Anmeldungen ungarischer Gäste für den Gottesdienst im burgenländischen Trausdorf vor, mehr als zehntausend Gäste aus Jugoslawien werden in Gurk (Kärnten) erwartet. (In Zeitungsinterviews nährte kürzlich Wiens Alterzbischof Kardinal *Franz König* österreichische Erwartungen bezüglich neuer Weichenstellungen gegenüber dem Osten von Österreich aus: ein „Gipfeltreffen“ zwischen Johannes Paul II. und Michail Gorbatschow könne bei diesem Papstbesuch angebahnt werden.) Von den Bischöfen erhielt die zum Termin der Bischofskonferenz unmittelbar bevorstehende Preßburger Demonstration für Religionsfreiheit ausdrückliche Unterstützung und Anerkennung. Ab kommendem Herbst soll die von einem Beraterteam der Bischöfe ausgearbeitete erste Fassung eines *Sozialbir-*

tenbriefes nicht nur in kirchlichen Gremien und in den Pfarrgemeinden diskutiert werden, auch Vertreter der Gewerkschaften, der Wirtschaft und der Wirtschaftswissenschaften sollen zu den Beratungen herangezogen werden. Der mit dem Arbeitstitel „Sinnvoll arbeiten – solidarisch leben“ versehene Text setzt Akzente vor allem im Bezug der Arbeit zum gesamten Leben des Menschen. Bei ihrem Studientag beschäftigten sich die

Bischöfe diesmal mit den *Medien* in Österreich und bekräftigten die Notwendigkeit der Förderung „theologisch gut informierter, gläubiger Nachwuchsjournalisten“. Das gewichtigste Thema dieser Bischofskonferenz bildete aber zweifellos die Diskussion und Erarbeitung einer ergänzenden Stellungnahme zur „Mariatroster Erklärung“ des Jahres 1968, die erst mit einwöchiger Verspätung von den Bischöfen veröffentlicht wurde.

Bücher

HERMANN HÄRING/KARL-JOSEF KUSCHEL (Hrsg.), **Gegentwürfe**. 24 Lebensläufe für eine andere Theologie. Verlag Piper, München 1988, 378 S. 42,- DM.

Zum 60. Geburtstag von Hans Küng am 19. März dieses Jahres erschien keine herkömmliche Festschrift, wohl aber dieses von einem früheren und einem jetzigen Mitarbeiter des Tübinger Theologen herausgegebene Sammelwerk. Die beiden Herausgeber formulieren in ihrer Einführung (unter dem Titel „Theologiegeschichte als Konfliktgeschichte“) zwei Grundanliegen: In dem Buch mit seinen vierundzwanzig Porträts (eigentlich sind es nur 23; Lessing wird von Peter Härtling in Gedichtform behandelt) sollen „Grundgesetzlichkeiten innerkirchlicher Konfliktbewältigung“ freigelegt werden; zum anderen sei das Buch ein Plädoyer für eine „andere Praxis des innerkirchlichen wie theologischen Umgangs mit Andersdenkenden, unbequemen Kritikern und geistigen Erneuerern“. Tatsächlich handeln alle Porträts des Bandes von Personen, die zu ihrer Zeit theologische Neuansätze unternahmen, mit kirchlichen Obrigkeiten in Konflikt gerieten oder in ihrem Denken quer zum Normalbewußtsein standen. „Klassiker“ wie Origenes, Thomas, Hus, Luther, Pascal, Teilhard de Chardin sind ebenso vertreten wie weniger bekannte Gestalten der Theologie- und Kirchengeschichte. Gut die Hälfte der Autoren sind ehemalige oder jetzige „Tübinger“. Die einzelnen Beiträge sind in Diktion und Zuschnitt recht unterschiedlich. Teilweise ziehen sie die Linien bewußt bis zur Gegenwart aus, andere bleiben ganz bei der behandelten Gestalt und ihrem historischen Kontext. Es macht gerade den Reiz des Bandes aus, daß die Beiträge nicht dem gleichen Strickmuster folgen (insofern relativieren sie auch da und dort indirekt die allgemeinen Feststellungen der Einführung). Einige besonders anregende Porträts des Bandes seien herausgegriffen: Wolfhart Pannenberg's souveräne Ausführungen zu Luther, der glänzend geschriebene Beitrag von Walter Jens zu Erasmus von Rotterdam oder die instruktive Meister-Eckhart-Darstellung von Dietmar Mieth. Daß in das Buch auch Johann Peter Hebel Aufnahme gefunden hat, freut den (alemanischen) Rezensenten.

U. R.

GUNTER HESSE/HANS HERMANN WIEBE (Hg.), **Die Grünen und die Religion**. Mit Beiträgen von Petra Kelly, Christa Nickels, Eva Quistrop u. a. Athenäum Verlag, Frankfurt/M. 1988. 302 S. 19,80 DM.

Der Sammelband geht in seinem Ursprung zurück auf eine Tagung der Evangelischen Akademie Nordelbien in Bad Segeberg im Dezember vorigen Jahres. Der größere Teil der damaligen Referate sind als „Außenansichten“ in den Band aufgenommen, andere tauchen mit gewandeltem Inhalt in anderer Form wieder auf. Der Band hat seine Besonderheiten, die sich nicht nur auf Langhansche Prosa (S. 117–129) erstrecken. Er konnte so wohl nur erscheinen, weil, wie bei Sammelbänden üblich, die einen Beiträger von den anderen nichts wußten. Viel Subjektives ist drin, viel Privates wird (fast ausschließlich in Beiträgen von Grünen-Vertretern selbst) nach außen getragen. Darüber mag mancher den Kopf schütteln, und dennoch sind die autobiographischen Zeugnisse des ersten Teils durchwegs interessanter als die objektivierenden „Außenansichten“ des zweiten. Interessanter nicht deshalb, weil die Grünen, aus durchwegs heterogenen Gruppen (Umweltbewegung, Frauenbewegung, Friedensbewegung, marxistische Linke) kommend, in dem Band als sehr viel bunter aufscheinen, als ihnen der selbstauferlegte Name zu sein erlaubt, sondern interessanter wegen der mit großer Offenheit erzählten „religiösen“ Lebensläufe, ob diese nun ein religiöses (christliches) Bekenntnis einschließen (oder einmal eingeschlossen haben) oder nicht. Vom erklärten Atheisten über die wie selbstverständlich Gläubigen bis zur Grünen, die nach Kirchenaustritt und längerer grüner Selbst- und Fremderfahrung ihre „Religion“ in „New Age“ gefunden haben (vgl. S. 106–126), ist alles vertreten. Fast alle Wegbiegungen, wie sie unser „pluralistisches“ Dasein zum Teil möglich macht, zum Teil faktisch-zwingend auferlegt, kommen in dem Band vor. Und natürlich auch manch theologisches und sonstiges Bemühen, Instrumentalisierung des Glaubens nicht nur aufzudecken, sondern sich auch selbst an solchen zu beteiligen. Keine schlechte Lektüre für Seelsorger und alle diejenigen, die sich über zeitgenössische Religiosität, vor allem über die frei flottierende, Gedanken machen.

D.S.